

GEWERKSCHAFTEN UND RECHTSPOPULISMUS IN EUROPA

Länderstudie Schweden

Johan Sjölander

März 2023

NUR EINE FRAGE DER ZEIT? DIE SCHWEDENDEMOKRATEN UND DIE SCHWEDISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Es ist nur eine Frage der Zeit. Je zahlreicher wir sind, umso mehr Arbeitsstätten können wir übernehmen und umso mehr Delegierte, die unsere Werte teilen, können wir wählen, und umso mehr neue Vorstände können wir bestellen.

Jörgen Fogelklou, SD

Bei den schwedischen Parlamentswahlen 2022 wurde eine von Neonazis gegründete rechtsextreme Partei zur zweitstärksten Partei Schwedens (20,54 Prozent). Die *Sverigedemokraterna* (SD, Schwedendemokraten) zogen nicht nur in der Wählergunst an der bis dahin führenden konservativen Partei *Moderaterna* (M, Moderate Sammlungspartei, 19,1 Prozent) vorbei, sondern übernahmen auch einen wichtigen Part als Teil der parlamentarischen Mehrheit, auf die sich die neue konservative Regierung stützt.

Am 8. Dezember 2022 verkündete das *Svea Hovrätt* (Stockholms Oberstes Gericht) ein Urteil im Rechtsstreit zwischen der *Svenska Transportarbetareförbundet* (Transport, Transportarbeitergewerkschaft) und einem ihrer Mitglieder. Das Gericht bestätigte frühere Urteile, die es der Gewerkschaft untersagt hatten, ein Mitglied nur deswegen auszuschließen, weil es Mitglied der SD ist. Das Gericht hatte zwischen zwei Prinzipien abzuwägen: auf der einen Seite die Ge-

werkschaft als unabhängige Nichtregierungsorganisation, die das Recht hat, Regeln für die Aufnahme von Mitgliedern aufzustellen, und auf der anderen Seite das Recht der Mitglieder, die Mitgliedschaft in einer Organisation von wirtschaftlicher und praxisrelevanter Bedeutung beizubehalten. Das Urteil war umstritten, und es ist durchaus denkbar, dass es in die letzte Instanz geht. In jedem Fall macht es deutlich, welche Spannungen der Aufstieg der Schwedendemokraten innerhalb der Arbeiterbewegung auslöst.

Wer sagt, die Schwedendemokraten seien eine Partei der Arbeiterklasse, liegt falsch. Sie haben in allen gesellschaftlichen Gruppen Anhänger*innen. Richtig ist allerdings, dass sie in einem Maße Wähler*innen aus der Arbeiterklasse mobilisieren können, in dem dies den traditionellen konservativen Parteien nicht gelingt.

Dies führt zu erheblichen Spannungen in der schwedischen Politik und im Gewerkschaftswesen des Landes. Auf der einen Seite haben die Gewerkschaften im schwedischen Gewerkschaftsbund (LO, *Landsorganisationen i Sverige*), in dem die meisten Arbeiter*innen organisiert sind, eine enge, historisch gewachsene und ideologische Verbindung zur Sozialdemokrati-

sche Partei, auf der anderen Seite wendet sich jedoch ein immer größerer Teil der Wählerschaft aus der Arbeiterklasse – insbesondere Männer – dem rechtsextremen Populismus der Schwedendemokraten zu.¹

DAS PROFIL DER SCHWEDENDEMOKRATEN

Die Schwedendemokraten sind keine herkömmliche rechtspopulistische Partei wie die *Fremskrittspartiet* (FrP, Fortschrittspartei) in Norwegen oder die *Dansk Folkeparti* (DF, Dänische Volkspartei) in Dänemark. Gegründet wurden die Schwedendemokraten von Neonazis. Als der heutige Parteivorsitzende Jimmie Åkesson in die Partei eintrat, gehörten ihr noch Skinheads an, die auf Parteiversammlungen grölten und offen rassistische Parolen skandierten. Bis heute müssen die Schwedendemokraten sich immer wieder mit Skandalen um führende Funktionär*innen herumschlagen, die aus der Rolle fielen.

Die Parteiführung der SD bemüht sich intensiv, den schlechten Ruf aus der Vergangenheit loszuwerden. Sie behauptet, die Partei habe sich verändert und sei eher als »konservative« Partei zu verstehen. Dieses Kalkül scheint in gewisser Weise aufzugehen. Die Schwedendemokraten sind die zweitstärkste Partei Schwedens. Sie führen Haushaltsverhandlungen mit der konservativen Regierung, und obwohl sie formell nicht Teil der Regierung sind, arbeiten Parteifunktionär*innen im Regierungsapparat. Der Parteivorsitzende Jimmie Åkesson erklärt, die Schwedendemokraten seien außer in formaler Hinsicht in allen Punkten Teil der Regierung. Auch das Verhältnis zu den traditionellen konservativen und liberalen Parteien ändert sich relativ schnell: Nachdem die Schwedendemokraten noch vor ein paar Jahren vollständig abgelehnt wurden, werden sie heute als eine Partei unter anderen anerkannt. Die Parteivorsitzende der *Kristdemokraterna* (KD, Christdemokraten), Ebba Bush, ist zum Beispiel überzeugt, dass die Schwedendemokraten eines Tages (wenn auch nicht sofort) an der Regierung beteiligt sein werden. Der Vorsitzende der *Liberalerna* (L, Liberalen), Johan Pehrson, muss einen mühsamen Spagat hinbekommen: Einerseits muss er seinen europäischen Fraktionskolleg*innen

in Brüssel versichern, seine Partei sei nach wie vor noch die wichtigste Opposition gegen den Rechtspopulismus der SD, und andererseits erklärt er gegenüber den schwedischen Medien, er sei sich nicht so sicher, ob die Schwedendemokraten extremistische Wurzeln hätten, denn er sei »damals nicht dabei gewesen«.

In der Vergangenheit positionierte die Partei sich traditionell »weder links noch rechts« und sprach sich gegen Klassenkampf, aber für soziale Rechte aus – insbesondere für die in Schweden geborenen Arbeiter*innen und Rentner*innen. In den letzten Jahren hat sie jedoch gute Beziehungen zur Wirtschaft aufgebaut und infolgedessen bei Themen wie der Privatisierung ihre Standpunkte geändert. In der schwedischen Politik ist sie zudem eine Verbindung mit den konservativen Volksparteien eingegangen und ist seit den Wahlen von 2022 Teil der Parlamentsmehrheit der konservativ-liberalen Regierung von Ulf Kristersson. Sich selbst positioniert die Partei als »sozialkonservativ«. In der Regel stellt sie sich als Teil der konservativen – also nicht-sozialdemokratischen – Rechten dar, von der sie sich aber dadurch abhebe, dass sie ein soziales Bewusstsein habe.

Viele Wissenschaftler*innen halten dagegen, das politische Projekt der SD lasse sich von seinem Grundgedanken eher als »ethno-nationalistisch« beschreiben. Das dürfte eine zutreffende Charakterisierung sein. Die Vorstellung, es gebe so etwas wie ein wesensmäßiges »Schwedentum«, das bedroht sei, und nicht alle Menschen, die in Schweden leben, seien de facto Teil dieser »Nation«, bringt den ideologischen Kerngedanken der SD auf den Punkt. Man kann die SD auch als eine Partei bezeichnen, die sich nur mit einem Thema befasst: Migration und Einwanderer*innen. Das ist das, was die schwedischen Bürger*innen zu hören bekommen und mit den Schwedendemokraten verbinden.

WIE DIE SCHWEDENDEMOKRATEN DIE SOZIALPARTNER SEHEN

Formal befürworten die Schwedendemokraten vehement »das schwedische Modell« mit unabhängigen Partnern, die mit einem Minimum an staatlicher Beteiligung die Tarifverträge auf dem Arbeitsmarkt abschließen. Von diesem Standpunkt aus kritisierten sie die bis Oktober 2022 amtierende sozialdemokratische Regierung und warfen ihr vor, in Bezug auf die EU-Gesetzgebung im sozialen Sektor zu nachgiebig zu sein. Einer der Hauptkritikpunkte ist dabei die Mindestlohnfrage. Der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident Stefan Löfven bezweifelt,

¹ Die vorliegende Länderstudie ist eine aktualisierte, überarbeitete und deutsche Übersetzung eines zuvor auf Französisch veröffentlichten Papers des Autors: Sjölander, Johan (2022): »Populisme de droite et syndicats en Suède : quelle est la position des Démocrates de Suède vis-à-vis du dialogue social et de l'électorat ouvrier?« in: Greef, Samuel et al. (Hrsg.) (2022): *L'extrême droite européenne contre les travailleurs*, Éditions Fondation Jean-Jaurès, S. 17–21, <https://www.jean-jaures.org/publication/l'extreme-droite-europeenne-contre-les-travailleurs-un-dialogue-social-menace/>.

dass die Beamt*innen in Brüssel über die Bedingungen der schwedischen Arbeitnehmer*innen Bescheid wissen können und wollen. 2019 schrieb der Parteivorsitzende der Schwedendemokraten, Jimmie Åkesson, im *Aftonbladet* unter der Überschrift »Die Schwedendemokraten sind die letzte Hoffnung für das schwedische Modell«: »Die Machtverschiebung, für welche die Sozialdemokratische Partei steht, wird die Chancen mindern, das schwedische Modell zu schützen. [...] Es ist doch offensichtlich, dass die EU die totale Macht über das Arbeitsrecht erhalten soll. Das führt zu mehr Supranationalismus, gibt Brüssel mehr Macht und ist ein Schlag ins Gesicht der schwedischen Arbeitnehmer.«²

In der Theorie treten die Schwedendemokraten zwar für unabhängige Partner auf dem Arbeitsmarkt und für »das schwedische Modell« ein, aber in der Praxis opponieren sie auch gegen den weitgehend sozialdemokratischen LO. Gemeinsam mit den großen konservativen Parteien haben sie beispielsweise für die Abschaffung der steuerlichen Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen und andere Maßnahmen dieser Art gestimmt.

DIE SCHWEDISCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG MIT FOKUS AUF DEN LO

In Schweden gibt es drei große Gewerkschaftsdachverbände: die Dachorganisation der Angestellten TCO (*Tjänstemännens Centralorganisation*) mit 13 Einzelgewerkschaften, die Angestellte im privaten und öffentlichen Sektor vertreten; den schwedischen Zentralverband SACO (*Sveriges Akademikers Centralorganisation*) mit 23 Mitgliedsgewerkschaften für akademische Berufsgruppen und den schwedischen Gewerkschaftsbund LO. Er ist die Zentralorganisation für 14 Mitgliedsgewerkschaften, die Arbeiter*innen im privaten und öffentlichen Sektor organisieren.

Es wäre natürlich interessant, das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsverbänden TCO und SACO und der extremen Rechten zu untersuchen, denn hier ist einiges in Bewegung. Die TCO hat vor Kurzem beschlossen, ihre Politik gegenüber den Schwedendemokraten in den letzten zwölf Jahren auf den Prüfstand zu stellen.³ Sie erwähnt nicht mehr explizit die SD,

sondern betont, die TCO distanzieren sich von »Nationalismus, antidemokratischen Bewegungen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus«.⁴

In diesem Beitrag werde ich mich jedoch auf den Gewerkschaftsbund der Arbeiter*innen (LO) konzentrieren. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen ist es meiner Meinung nach von besonderem Interesse, die Beziehung zwischen der extremen Rechten und der Arbeiterklasse besser zu verstehen. Zum anderen pflegt der LO enge Verbindungen zur *Socialdemokraterna* (S/SAP; Sozialdemokratische Partei), was die LO-Gewerkschaften von den Gewerkschaftsverbänden TCO und SACO unterscheidet, die formal keiner Partei nahestehen.

Der LO ist aus historischen und organisationsgeschichtlichen Gründen klar sozialdemokratisch ausgerichtet. Die SAP, deren voller Name *Sveriges socialdemokratiska arbetareparti* (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens) lautet, gewöhnlich aber als *Socialdemokraterna* (S/SAP) bezeichnet wird, wurde 1889 von den Gewerkschaften gegründet. Neun Jahre später (1898) wurde der sehr eng mit der sozialdemokratischen Partei verbundene schwedische Gewerkschaftsbund LO gegründet. Die gebräuchliche Redewendung, LO und SAP seien »zwei Zweige an demselben Baum«, macht ihr Verhältnis zueinander deutlich. Der oder die Vorsitzende des LO hat zum Beispiel einen festen Sitz im Vorstand der SAP.

Die Arbeiter*innen sind überwiegend in den LO-Gewerkschaften organisiert. Es gibt zwar eine gewisse Konkurrenz zum Beispiel mit der syndikalistischen Bewegung SAC (*Sveriges Arbetares Centralorganisation*), aber die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: In der SAC sind etwa 3.000 Menschen organisiert, in den LO-Gewerkschaften etwa 1,4 Millionen. Für den größten Teil der schwedischen Bevölkerung stellen die sozialdemokratischen LO-Gewerkschaften »die Gewerkschaft« dar.

Die Arbeiterschicht ist kein homogenes Gebilde, dasselbe gilt für die 14 Gewerkschaften, die zusammen den schwedischen Gewerkschaftsbund LO bilden. Es gibt Unterschiede zwischen Industrie- und Sozialarbeiter*innen, zwischen männlich und weiblich dominierten Gewerkschaften, zwischen Gewerkschaften, in denen hauptsächlich Beschäftigte in der Privatwirtschaft oder öffentliche Bedienstete organisiert sind usw.

² Åkesson, Jimmie (2019): »SD är den svenska modellens sista hopp«, in: *Aftonbladet* (online), 30.4.2019. <https://www.aftonbladet.se/debatt/a/g7dMna/sd-ar-den-svenska-modellens-sista-hopp>.

³ Crona, Malin (2022): »TCO öppnar för Sverigedemokraterna«, in: *Arbets Världen* (online), 10.10.2022. <https://www.arbetsvarlden.se/tco-oppnar-for-sverigedemokraterna/>.

⁴ Wingborg, Mats (2022): »TCO:s nya partipolicy nämner inte SD«, in: *Arbets Världen* (online), 16.11.2022. <https://www.arbetsvarlden.se/tcos-nya-partipolicy-namner-inte-sd/>

DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN SCHWEDENDEMOKRATEN UND DEN WÄHLER*INNEN DER ARBEITERKLASSE

Die Schwedendemokraten haben im Laufe der Zeit überall auf der schwedischen Wahllandkarte an Unterstützung gewonnen und sind heute die zweitstärkste Partei. Bemerkenswert ist, dass die Partei trotz des Zulaufs in den vergangenen zwanzig Jahren noch immer umstritten ist. In der Öffentlichkeit erfährt sie nicht nur wachsende Unterstützung, sondern stößt auch auf Widerstand. Es zeichnet sich allerdings eine eindeutige Entwicklung ab: Seit ihrer Gründung sind die Schwedendemokraten von Wahl zu Wahl populärer geworden.

Von besonderem Interesse ist hier natürlich der Rückhalt bei den Arbeiter*innen – insbesondere bei denen, die in den LO-Gewerkschaften organisiert sind. Was die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen betrifft, liefen die Wahlen 2022 in gewisser Weise gegen den Trend. Die Unterstützung für die SD ging auf 27,2 Prozent zurück – ein recht deutlicher Abstand zur SAP mit 42,4 Prozent. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, sieht es allerdings weniger rosig aus. 2012 lag die Unterstützung für die Sozialdemokraten bei über 50 Prozent; die Schwedendemokraten lagen bei etwa fünf bis zehn Prozent. Auch wenn der Trend sich 2022 also verlangsamte, bleibt das Gesamtbild unverändert.

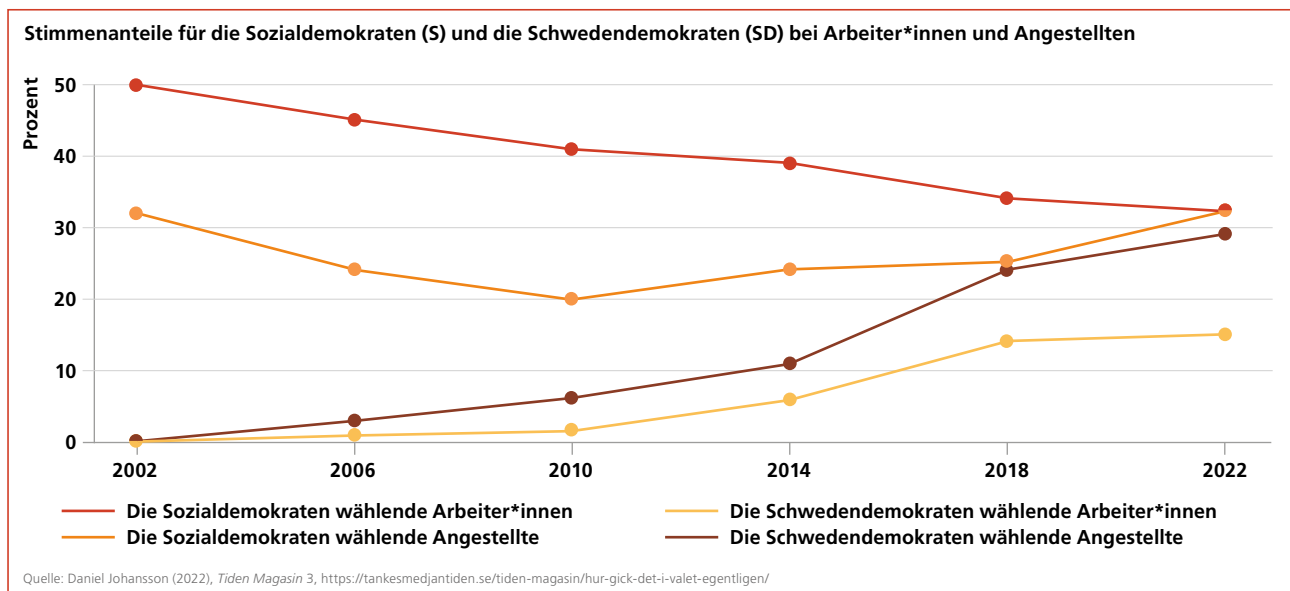
Noch deutlicher wird dies, wenn wir nicht nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen, sondern alle Wähler*innen, die sich als »Arbeiterklasse« verstehen, in den Blick nehmen. Hier stellen wir eine Fortschreibung der Wahlergebnisse von 2022 fest, wo

sich der Wählerzuspruch der Sozialdemokraten und der Wählerzuspruch der Schwedendemokraten einander annäherten.

Wie können wir diesen langjährigen Trend verstehen? LO-internen Befragungen zufolge kam es 2015 zu einer deutlichen Verschiebung. Schon vorher war zu beobachten gewesen, dass die Schwedendemokraten vor allem unter jungen Männern immer mehr Anhänger fanden, aber 2015 kam es zu einer radikalen Wende, als die Demografie der LO-Unterstützer*innen sich in Richtung der mittleren Altersgruppen verschob. Vor 2015 war der Unterstützer der Schwedendemokraten der Typus des »zornigen jungen Mannes«, nach 2015 war es der berufstätige Familienvater. Der Zuspruch zu den Schwedendemokraten war noch sehr stark geschlechterabhängig, und zwar sowohl bei den LO-Mitgliedern als auch in der breiten Bevölkerung. Männer wenden sich der populistischen Rechten zu, Frauen nicht.

2015 war in Schweden – wie in vielen anderen Ländern auch – unverkennbar das Jahr der Zuwanderungskrise. In Schweden nahm die Entwicklung einen äußerst dramatischen Verlauf (wenn auch sicher nicht so dramatisch wie in den Ländern, aus denen die Menschen fliehen mussten). Im Laufe des Jahres suchten 162.788 Menschen in Schweden Zuflucht, und im Herbst kamen in manchen Wochen über 10.000 Menschen ins Land.

Dies legt den Schluss nahe, dass die Hinwendung von LO-Mitgliedern zu den Schwedendemokraten überwiegend auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Die Ursachen für die Unterstützung des extremen Rechtspopulismus sind natürlich komplex und werden unter Wissenschaftler*innen und Politikbeo-



bachter*innen äußerst kontrovers diskutiert. In dem sehr lesenswerten Buch *Det svenska missnöjet* (»Die schwedische Unzufriedenheit«) vermitteln die Autorinnen Lisa Pelling und Johanna Lindell⁵ ein klares Bild davon, dass die Menschen einerseits durch Fragen des Arbeitslebens, mangelnde Sozialleistungen und die Wohnsituation beunruhigt sind und andererseits weiterhin die Einwanderung als das dringlichste zu lösende Problem nennen.

Das Thema Zuwanderung ist zum einen schon an und für sich und zum anderen aus einer durchaus materialistischen Perspektive heraus für die Gewerkschaften kompliziert. Auf der einen Seite sind die Gewerkschaften von ihrer Weltanschauung her antirassistisch eingestellt und verstehen Solidarität als Grundwert. Viele ihrer Mitglieder haben selbst einen Migrationshintergrund. Auf der anderen Seite ist der Arbeitsmarkt, auf dem die Arbeiterschicht sich bewegt, in hohem Maße der Gefahr von Lohndumping und unsolidarischer Konkurrenz durch neue Zuwanderergruppen ausgesetzt.

Dieses Dilemma kommt in dem letzten LO-Programm zum Thema Zuwanderung und Einwanderer*innen, das von 1979 stammt⁶ und somit über 40 Jahre alt ist, deutlich zum Ausdruck. Das Programm befasste sich vor allem mit der Frage, was die Gewerkschaften selbst tun können, um Arbeitnehmer*innen mit Migrationshintergrund besser zu erreichen. In dem Programm wird aber auch eindringlich gewarnt, die Akzeptanz von Zuwanderung bei der Bevölkerung könnte nachlassen, wenn die Zuwanderung nicht »gut gesteuert und organisiert« wird und nicht »im Rahmen unserer Möglichkeiten so geregelt wird, dass neuen Zuwanderer*innen Arbeit, Wohnraum, soziale Dienste, Schulen, Gesundheitsversorgung usw. geboten werden« (LO 1979: 10, Übersetzung des Autos).

Seit der Veröffentlichung des LO-Programms haben die Probleme, auf die die Autorinnen hingewiesen haben, in der schwedischen Gesellschaft sich verschärft. Das ist mit Sicherheit nicht allein auf die Geflüchteten zurückzuführen. Mitte der 2010er-Jahre liberalisierte die konservative Regierung die Zuwanderung von Arbeitskräften. Auch die Folgen der EU-Mitgliedschaft, politische Veränderungen, die nichts mit Immigration zu tun haben (wie zum Bei-

spiel Steuersenkungen, Privatisierung der Daseinsvorsorge) und die Auswirkungen der Globalisierung spielen hier mit hinein.

Wovor die LO 1979 gewarnt hatte, ist dennoch eingetreten: Die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber einer liberalen Zuwanderungspolitik geht stark zurück. In Kombination mit der Tendenz der SD, sich als Ein-Themen-Partei gegen die Zuwanderung zu profilieren (und als solche wahrgenommen zu werden), dürfte dies die Hauptursache sein, warum die Schwedendemokraten bei den Wähler*innen der Arbeiterklasse immer mehr Zuspruch ernten.

DIE SCHWEDENDEMOKRATEN UND IHR VERHÄLTNISS ZU DEN LO-GEWERKSCHAFTEN

Die Schwedendemokraten haben die starke sozialdemokratische Dominanz in den LO-Gewerkschaften zu durchbrechen versucht, indem sie entweder innerhalb der schwedischen Gewerkschaften aktiv wurden oder eine eigene Parallelstruktur aufbauten. Keine dieser Strategien hat bisher funktioniert. Wie bereits erwähnt, gab es Versuche, Mitglieder aus bestehenden Gewerkschaften auszuschließen mit der Begründung, dass sie Schwedendemokraten seien.⁷ Ein Versuch der SD, eine neue alternative Gewerkschaft (*Löntagarna*, »Die Angestellten«) zu gründen, ist kläglich gescheitert, nachdem nur etwa 200 Mitglieder gewonnen werden konnten.⁸

Die im LO zusammengeschlossenen Gewerkschaften sind unabhängige Nichtregierungsorganisationen. So gesehen, sind sie nichts anderes als ihre Mitglieder, und ihre Mitglieder haben jedes Recht, darüber zu entscheiden, wofür ihre Organisation stehen soll, wer sie vertreten sollte und wer überhaupt Mitglied sein kann.

Wie schon erwähnt, wurde dieser letzte Grundsatz durch ein kürzlich ergangenes Gerichtsurteil in Schweden infrage gestellt. Der Fall ist noch nicht höchstrichterlich geklärt, aber das Gericht urteilte, dass die Transportarbeitergewerkschaft ein Mitglied, das sich offen als Schwedendemokrat bekannte, nicht hätte ausschließen dürfen. Das Gericht berief sich darauf, dass die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft für

5 Lindell, Joanna / Pelling, Lisa (2022): »Swedish Discontent«, Buchrezension, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/stockholm/18834-20220126.pdf>.

6 Invandrarna och fackföreningsrörelsen – Los invandringpolitiska handlingsprogram för samhälle och arbetsliv, LO 80.01, TunaTryck AB Eskilstuna.

7 See Frisk, Martina / Flood, Linda (2019): »LO-fack vill stoppa SD från fackligt inflytande«, in: *Fastighetsfolket* (online), 27.11.2019. <https://fastighetsfolket.se/2019/11/27/lo-fack-vill-stoppa-sd-franfackligt-inflytande/>.

8 See Andersson, Linnea (2014): »SD-fack läggs ned«, in: *Kollega* (online), 20.10.2014. <https://www.kollega.se/sd-fack-laggs-ned> or Andersson, Linnea (2013): »SD startar fackförbund«, in: *Kollega* (online), 17.12.2013. <https://www.kollega.se/sd-startar-fackforbund>.

das betreffende Mitglied aus wirtschaftlichen und persönlichen Gründen wichtig sei.

Dies zeigt beispielhaft die Spannungen innerhalb der schwedischen Arbeiterbewegung, die dadurch entstehen, dass innerhalb der Arbeiterklasse der Zuspriech zu den Schwedendemokraten wächst. Dabei sollte man allerdings berücksichtigen, dass die Transportarbeitergewerkschaft, wenn es um Mitglieder mit Affinität zu den Schwedendemokraten geht, eine selbst im Vergleich zu anderen LO-Mitgliedsgewerkschaften ausgesprochen harte Haltung vertritt. Die Metallarbeitergewerkschaft (*IF Metal*) zum Beispiel hat kürzlich ihre Statuten dahingehend geändert, dass man nicht in den Vorstand der Gewerkschaft gewählt werden kann, wenn man nicht die Grundwerte der Gewerkschaft teilt. Mitglied sein kann man aber durchaus. Einige der anderen LO-Gewerkschaften vertreten einen ähnlichen Standpunkt. Sie begründen dies damit, dass man keine Organisation vertreten kann, deren Wertvorstellungen man nicht mitträgt, und dass es schwierig ist, andere Mitglieder mit Migrationshintergrund zu vertreten, wenn man – und das ist für die Schwedendemokraten natürlich besonders relevant – selbst eine rechtsextreme politische Einstellung hat.

Welche Position die Gewerkschaften vertreten, wenn es darum geht, ob aktive Schwedendemokraten Mitglieder sein oder als Vorstandsmitglieder gewählt werden können, ist eine Frage des Prinzips. Gewerkschaften sind unabhängige Nichtregierungsorganisationen. Niemand wird gezwungen, Mitglied zu werden. Wem die vorhandenen Gewerkschaften nicht zusagen, kann – wie das Beispiel *Löntagarna* zeigt – durchaus eine eigene Gewerkschaft gründen. Wenn die Mitglieder demokratisch beschließen, dass ihre Interessen am besten von einer Organisation vertreten werden, die offen sozialdemokratisch ist, und der Ansicht sind, dass die Schwedendemokraten diese Interessen gefährden, dann ist es ihr gutes Recht, so zu verfahren. Doch auch wenn dieses Argument stichhaltig ist, darf der Mehrheitsaspekt nicht völlig außer Acht gelassen werden. Die Argumentation der LO-Gewerkschaften stützt sich de facto darauf, dass die Mitglieder und potenziellen Mitglieder überwiegend diese Ansicht teilen, die Sozialdemokratie würde ihre Interessen auf politischer Ebene vertreten und die Schwedendemokraten eben nicht.

Um es zusammenzufassen: All dies bedeutet nicht, dass es in den LO-Gewerkschaften keine Mitglieder mit Neigungen zu den Schwedendemokraten gäbe. Vielmehr gibt es innerhalb der Gewerkschaften als Organisationen eine gewisse Dickfelligkeit oder eine Widerständigkeit, die auf ideologischer Affinität beruht.

Die Frage nach dem Einfluss der SD in den Gewerkschaften ist nach wie vor höchst aktuell, wie das jüngste Gerichtsurteil und die konkreten Maßnahmen zeigen, mit denen zum Beispiel die Gewerkschaft *IF Metal* die Situation in den Griff zu bekommen versucht.

Auf lange Sicht wird es also nicht in erster Linie darum gehen, wie das Organisationsgefüge der LO-Gewerkschaften mit den Schwedendemokraten umgeht, im Zentrum wird vielmehr die Frage stehen, wie die Arbeiterschicht sich zu Rechtsextremismus und Populismus verhält.

DIE SICHT DER LO-GEWERKSCHAFTEN AUF DIE SCHWEDENDEMOKRATEN

Wie bereits erwähnt, sind die LO-Gewerkschaften organisatorisch und ideologisch eng mit der SAP verbunden. Die SAP wurde von den Gewerkschaften gegründet und die Partei war in der Folge maßgeblich an der Gründung des LO beteiligt. Der LO-Vorsitzende ist immer auch Mitglied des SAP-Vorstands und sowohl auf nationaler, regionaler als auch lokaler Ebene arbeiten beide Organisationen eng zusammen.

Die historische Verbundenheit mit der SAP ist dabei nur ein Aspekt ihrer engen Beziehung. Aber es wäre auch zu kurz gegriffen, den Widerstand in der LO gegen die Schwedendemokraten nur als eine Frage der Loyalität gegenüber der SAP zu verstehen. Es gibt gewichtige ideologische Gründe für alle Arbeitergewerkschaften, sich den extrem rechten Positionen, der Fremdenfeindlichkeit und dem Neofaschismus zu widersetzen, für die die Schwedendemokraten stehen. Die LO-Gewerkschaften – das sei an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben – sind unabhängige Nichtregierungsorganisationen, die das Recht haben, selbst zu formulieren, für welche Ideen und Werte sie stehen.

Ohne zu sehr ins Detail zu gehen, lassen sich in Bezug auf die Schwedendemokraten zwei Argumentationsstränge der LO-Gewerkschaften erkennen. Zum einen wird hervorgehoben, die Schwedendemokraten seien, wie es in einem LO-Bericht über diese Partei heißt, »arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlich«. Zum anderen wird argumentiert, die Schwedendemokraten seien im Kern eine Partei, die die Arbeitnehmer*innen nach ihrem ethnischen Hintergrund unterscheide, und dies sei mit den Werten der Gewerkschaften nicht vereinbar. So haben führende Gewerkschaftsfunktionär*innen erklärt, es sei durchaus angebracht, sich offen zu den Schwedendemokraten bekennende Gewerkschaftsmitglieder aus Gewerkschaftspositionen fernzuhalten mit der Begrün-

dung, dass sie nicht die Gesamtheit der Mitglieder vertreten könnten, da viele Gewerkschaftsmitglieder heute einen Migrationshintergrund hätten.

Die Gewerkschaften haben verschiedentlich versucht, den Rückhalt für die Schwedendemokraten unter den Gewerkschaftsmitgliedern einzudämmen. Dabei hat der LO mehrere unterschiedliche Strategien erprobt. Er hat Werte und Antirassismus in den Mittelpunkt gerückt, auf die neonazistischen Wurzeln der Schwedendemokraten hingewiesen, bei traditionellen Links-rechts-Themen die Auseinandersetzung mit den Schwedendemokraten gesucht und sich bemüht, deutlich zu machen, dass diese Partei bei verschiedenen Themen gewerkschaftsfeindliche Positionen vertritt. In einem Interview für diesen Bericht erklärte ein führender Funktionär: »Wir haben alles versucht.«

Diese Versuche waren unterschiedlich erfolgreich. Es gibt einige Anzeichen dafür, dass einzelne Kampagnen gelungen sind, aber insgesamt können diese Aktionen den Trend nicht stoppen, und mit der Zeit wächst in der Arbeiterschicht der Zuspruch zu den Schwedendemokraten. Wie die letzten landesweiten Wahlen zeigten, war der Zuspruch zu den Schwedendemokraten bei den Mitgliedern der LO-Gewerkschaften 2022 rückläufig, obwohl sich nicht mit Gewissheit sagen lässt, ob dies nicht zum Teil auch an der Wahlkampagne der LO-Gewerkschaften lag.

Auch wenn keine strukturelleren Ergebnisse zu verzeichnen sind, wäre es nicht angemessen zu behaupten, die Aktionen seien sinnlos gewesen. Es lässt sich nur sehr schwer einschätzen, wie die Situation ausgesehen hätte, wenn die LO-Gewerkschaften nicht eine so deutliche Position eingenommen hätten. Eine entschlossen antirassistische Haltung ist natürlich wichtig, nicht zuletzt für die vielen Mitglieder mit Migrationshintergrund, auch wenn es damit nicht gelingt, den Zuspruch zu den Schwedendemokraten zu verringern. Einige der Kampagnen, insbesondere wenn sie die Schwedendemokraten mit traditionellen rechten Positionen konfrontierten, waren zumindest in gewissem Maße erfolgreich bei dem Versuch, ehemalige sozialdemokratische Anhänger*innen zurückzugewinnen. Alles in allem ist offensichtlich, dass die Frage des Verhältnisses der LO zu den Schwedendemokraten im Kern eine politische Frage ist.

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Wer sich mit dem Verhältnis zwischen dem schwedischen Gewerkschaftsbund LO und den Schwedendemokraten befasst, vergisst leicht den dritten Akteur des Geschehens: die SAP.

Um die Verbundenheit zwischen den Sozialdemokraten und dem schwedischen Gewerkschaftsbund LO zu stärken, verfolgt die Partei vor allem das Ziel, den Anteil der LO-Mitglieder zu erhöhen, die für die Sozialdemokraten stimmen. Eine ihrer wichtigsten Strategien besteht darin, den Anteil des sozialdemokratischen Personals und der sozialdemokratischen Funktionär*innen mit gewerkschaftlichem Hintergrund zu erhöhen. Das Ziel, Mitglieder des schwedischen Gewerkschaftsbunds zurückzugewinnen, wurde in dem vom Vorstand der SAP 2019 verabschiedeten mittelfristigen Strategiepapier ebenfalls zur obersten Priorität erklärt.

Der ehemalige Parteivorsitzende Stefan Löfven, der selbst mehr Gewerkschafter als Politiker ist, hat in einigen Spannungssituationen persönlich eine Vermittlerrolle übernommen. Seine Nachfolgerin, die ehemalige Finanzministerin Magdalena Andersson, hat einen ziemlich anderen Hintergrund. Sie ist eine in Harvard ausgebildete Akademikerin mit langjähriger parteipolitischer Erfahrung und arbeitete in den 1990er-Jahren eng mit dem damaligen Ministerpräsidenten Göran Persson zusammen. Man darf also gespannt sein, wie sie als neue Parteivorsitzende mit der Situation umgehen wird.

Mit Blick auf die Parteiorganisation ist festzuhalten, dass der neue Generalsekretär der Partei – er wurde zeitgleich mit Magdalena Andersson gewählt – interessanterweise aus der Gewerkschaft stammt. Tobias Baudin hatte noch unmittelbar zuvor den Vorsitz der schwedischen Kommunalarbeitergewerkschaft (*Kommunal*) inne. Seine Wahl passt zu der strategischen Zielsetzung, die Zahl der Mitarbeiter*innen und Parteifunktionär*innen mit gewerkschaftlichem Hintergrund zu erhöhen.

Noch interessanter ist jedoch, dass die politischen Prioritäten und die Rhetorik der neu gewählten Parteivorsitzenden von Anfang an auf das Ziel ausgerichtet waren, Wähler*innen aus der Arbeiterschaft zurückzugewinnen. Magdalena Andersson wollte vor allem unnachgiebig die Kriminalität bekämpfen, alle verfügbaren Mittel einsetzen (»jeden Stein umdrehen«), um Spaltungserscheinungen aufzulösen und die Integration zu fördern, klar Position beziehen gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge und dem Klimawandel mit einem Konzept begegnen, das auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und auf Industrialisierung setzt. In ihrer Antrittsrede auf dem Parteitag 2021 wandte sie sich explizit an die Gewerkschaftsführer*innen, sprach sie mit ihrem Namen an und legte dar, wie die Mitglieder ihrer Gewerkschaften konkret in ihr neues sozialdemokratisches Projekt eingebunden werden sollten.

Wie bei den Wahlen 2022 zu beobachten war, kehrten die in der LO organisierten Arbeiter*innen teilweise wieder zur SAP zurück. Demnach scheint die jetzige Strategie der Sozialdemokraten aufzugehen, sich in traditionellen Links-rechts-Fragen wie der Privatisierung der Sozialsysteme klar zu positionieren, gleichzeitig aber kompromisslos gegen die Kriminalität vorzugehen und in der Migrationspolitik nicht zu den früheren liberaleren Positionen zurückzukehren. Gleichzeitig ist festzustellen, dass der Trend bei allen Wähler*innen, die sich selbst als Arbeiterklasse bezeichnen, im Vergleich zu früheren Wahlen konstant bleibt. Dass die SAP nach acht Jahren an der Regierung bei den Wahlen zwei Prozentpunkte hinzugewonnen hat, lag eher daran, dass die Mittelschicht sich der Partei wieder zuwandte, als an den Arbeiter*innen.

Fazit: Die Organisationskraft und das ideologische Bewusstsein der schwedischen Gewerkschaften haben die Schwedendemokraten daran gehindert, innerhalb der Gewerkschaftsorganisation mehr Einfluss zu gewinnen. Dennoch ist es den Schwedendemokraten gelungen, einzelne Mitglieder der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschicht als Anhänger*innen zu gewinnen. Es ist offensichtlich, dass diese politische Bewegung von unterschiedlichen Ansichten in der Zuwanderungspolitik angetrieben wird. Die Botschaft der SD, Schweden betreibe eine viel zu liberale Einwanderungspolitik, findet bei den Arbeiter*innen Anklang. Doch auch das ist nur ein Teil der Antwort. Was die Schwedendemokraten zum Thema Zuwanderung zu sagen haben, würde nicht so überzeugend klingen, wenn ihre Botschaft nicht in den Kontext zunehmender Ungleichheit und Unsicherheit – insbesondere für die Arbeiterschicht – eingebettet wäre. Nur wenn dies verstanden wird, lässt sich das Blatt wenden.

Seit der Wahl hat sich die öffentliche Meinung weiter drastisch verschoben. Die Tatsache, dass die Schwedendemokraten an der Macht sind, und die Wirtschaftskrise verändern die politische Landschaft. Es ist also noch viel zu früh, um einschätzen zu können, wohin diese Entwicklung führen wird. Mit Sicherheit jedoch kann davon ausgegangen werden, dass der Kampf um die schwedische Arbeiterschicht noch lange nicht vorbei ist.

ÜBER DEN AUTOR

Johan Sjölander ist Direktor der schwedischen Denkfabrik *Tankesmedjan Tiden*, die von der Sozialdemokratischen Partei, dem schwedischen Gewerkschaftsbund LO und der ABF (Bildungsorganisation der Arbeitnehmer*innen) gegründet wurde. Er hat langjährige Gewerkschafts- und Politikerfahrung und ist sowohl auf europäischer, nationaler, regionaler als auch auf lokaler Ebene aktiv.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Godesberger Allee 149 | 53175 Bonn | Deutschland
E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Abteilung:
Internationale Zusammenarbeit | Globale und Europäische Politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Dr. Marc Meinardus | Europäische Gewerkschafts- und Sozialpolitik
marc.meinardus@fes.de

Design/Layout: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

